



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hanauer, W.: Die Universität Frankfurt a. M.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Universität Frankfurt a. M.

Von Dr. W. Hanauer = Frankfurt a. M.



Der 23. März 1911 war für die Bürgerschaftsvertreter der alten ehemals freien und Reichsstadt Frankfurt a. M. ein großer Tag. Mein Gott! Es ist doch auch nichts Alltägliches und bringt etwas Abwechslung, wenn zwischen der Bewilligung neuer Straßenbahnlaternen und der Konzession von Motoromnibussen eine Stadtverordnetenversammlung sich auch einmal mit der Gründung einer Universität zu befassen hat. Große kulturelle Probleme pflegen in diesen Gremien doch überhaupt nicht allzuhäufig erörtert zu werden. Also — was Eingeweihte sich schon längere Zeit zugerant haben, wovon schließlich immer mehr in der Öffentlichkeit durchgefördert ist, im Februar d. J. ist es zur Tatsache geworden: Herr Abtikes überraschte die Bürgerschaft der guten Stadt mit dem fertigen Projekte und einer Denkschrift, die nichts mehr und nichts weniger wie die Gründung einer Stiftungsuniversität in Frankfurt a. M. im Auge hat.

Als Unternehmer zeichnen elf Firmen: der Magistrat selbst, die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, fünf Stiftungen, zwei Vereine, eine G. m. b. H., ein Privatinstitut, lauter in finanzieller und wissenschaftlicher Hinsicht im In- und Auslande wohl akkreditierte Namen.

Alle die von der Stadt und andern Stiftern errichteten Institute schrien förmlich danach, wie Herr Abtikes bei der Beratung der Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung ausführte, erweitert, ergänzt und zu einer Volluniversität ausgebaut zu werden.

Auch die schärfsten Gegner der Universitätsvorlage müssen nun zugeben, daß die Voraussetzungen für die Gründung einer Universität in Frankfurt in unvergleichlicher Weise zutreffen.

Nirgends auf der ganzen Welt, auch in dem freien Amerika nicht, wird man eine Stadt finden, die einen so reichen Kranz wissenschaftlicher, dem freien Bürgersinn ihre Entstehung verdankende Anstalten ihr eigen nennt wie Frankfurt a. M. Diese tragen jetzt schon durchaus universitären Charakter und ihre Leistungen können sich mit denen jeder Hochschule messen. Das läßt sich schon daran erkennen, daß ständig von den Frankfurter Anstalten, der Akademie, dem physikalischen Verein und dem städtischen Krankenhause Berufungen an auswärtige Universitäten stattfinden, daß aber auch auswärtige Professoren sehr gerne einem Rufe an die hiesigen Institute Folge leisten. Auch hat der Staat die in Betracht kommenden Anstalten jetzt schon mit gewissen Berechtigungen ausgestattet, so werden den Neuphilologen einige auf der Akademie verbrachte Semester allgemein angerechnet. Auch die zahlreichen von den Instituten veranstalteten Fortbildungskurse für bereits im Berufe wie in der Praxis stehende Personen erfahren staatliche Anerkennung und Förderung.

Wie überraschend wenig zu einer Hochschule hiernach tatsächlich fehlt, ergibt sich am besten, wenn wir einen Blick auf das werfen, was die Stifter der neuen Universität als Morgengabe darzubringen gesonnen sind. Die Stadt stellt vor allem ihr neues großes Krankenhaus zur Verfügung, das vor fünf- undzwanzig Jahren gegründet, sich heute zu einer kleinen Krankenstadt mit fünfzehnhundert Betten entwickelt hat, dessen Einrichtungen natürlich völlig auf der Höhe stehen und das sich auch als Forschungsinstitut einen hochgeachteten Namen erworben hat. Es enthält neben der inneren chirurgischen und gynäkologischen Abteilung noch zahlreiche Spezialabteilungen: eine große Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, eine große Abteilung für chronisch Kranke, eine Entbindungsanstalt, eine Augenklinik, ein hygienisches Institut, ein physiologisch-chemisches Institut und ein Therapeutikum zur Pflege der physikalisch-medizinischen Heilmethoden. Während zahlreiche Universitäten heute noch einer Kinderklinik entbehren, weist das Frankfurter Krankenhaus gleich deren zwei auf, während zahlreiche Universitäten nicht einmal eine Klinik für Hals- und Kehlkopfkrankte, geschweige denn eine Ohrenklinik besitzen, verfügt Frankfurt sowohl über eine Klinik für Halskrankte als auch über eine solche für Ohrenkrankte. Natürlich wird auch die Irrenanstalt in den Kreis der Universitätsinstitute einbezogen. Die Stadt stellt ferner ihre altberühmte Stadtbibliothek mit dreihundert- undfünfzigtausend Bänden zur Verfügung, sowie die städtischen Kunstsammlungen. Die altherwürdige, bereits im achtzehnten Jahrhundert begründete Senkenbergische Stiftung wird in dem Konzern mit ihrem neu erbauten pathologisch-anatomischen Institut, ihrem botanischen Institut und der neu erbauten Senkenbergischen medizinisch-naturwissenschaftlichen Bibliothek vertreten sein. Chemisch-pharmakologischen Studien dient das unter Leitung von Paul Ehrlich stehende Georg Speyerhaus, neurologischen Studien das Neurologische Institut von Professor Edinger. Dem zahnärztlichen Studium wird die von der Rothschild'schen Stiftung errichtete Zahnklinik (Carolinum) zugänglich gemacht werden, die zugleich eine

Abteilung für Schulzahnhygiene aufweist. Die Naturwissenschaften werden von den beiden altberühmten Instituten: dem physikalischen Verein und der Senckenbergischen naturforschenden Gesellschaft gepflegt; ersterer kultiviert die exakten Naturwissenschaften: Physik, Chemie, Elektrotechnik, Meteorologie, letztere die deskriptiven: Zoologie, Mineralogie und Geologie und unterhält daneben das prächtige naturhistorische Museum. Die herrlichen Neubauten dieser Vereine bilden zusammen mit der Senckenbergischen Bibliothek und der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften eine räumliche Zusammengehörigkeit, sie repräsentieren das im schönsten Teil Frankfurts an der Viktoriaallee gelegene Akademikerviertel. Die Akademie selbst stellt neben einer Handelshochschule eine Ausbildungsanstalt für Staatswissenschaften dar mit zahlreichen nationalökonomischen und juristischen Lehrstühlen, außerdem gibt ihr die reiche Jügelstiftung die Mittel an die Hand, Lehrstühle für die Gebiete der Geschichte, Philosophie und Germanistik zu unterhalten, so daß nur noch wenige Lehrstühle fehlen, um die Akademie zu einer vollen juristischen und philosophischen Fakultät auszubauen.

Während die Akademie der Pflege der theoretischen Sozialwissenschaften gewidmet ist, wird die praktische Sozialpolitik von dem Institut für Gemeinwohl gepflegt, das mit seinen zahlreichen Tochtergründungen und Rechtsauskunftstellen, der Zentrale für private Fürsorge, dem Sozialen Museum, der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung weit über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt geworden ist.

Damit ist die Reihe der wissenschaftlichen Anstalten Frankfurts, die ebenfalls der Ausbildung der zukünftigen Studierenden nutzbar gemacht werden können, noch lange nicht erschöpft. Da ist zunächst das Ehrlich'sche Institut für experimentelle Therapie, das doch sicherlich den Studenten nicht verschlossen bleiben darf, ein privater Initiative seine Entstehung verdankendes biologisches Institut, das Institut für Gewerbehygiene, eine Anzahl neuerbauter Krankenhäuser. Dazu kommen zahlreiche Museen und Sammlungen: das Städelsche Museum zur Ausbildung in den Kunstwissenschaften, das Völkermuseum zum Studium der Anthropologie und Ethnologie, das städtische historische Museum und das historische Archiv, das freie deutsche Hochstift mit dem Goethemuseum. Sehen wir jedoch von diesen zunächst ab und bleiben wir bei der Grundlage, wie sie von Adickes in seiner Denkschrift für die Hochschule entwickelt wurde, so ergibt sich, daß zurzeit bereits vorhanden sind an Stellen für hauptamtlich besoldete Dozenten: vier juristische, zehn philosophisch-historische, neun mathematisch-naturwissenschaftliche, fünfzehn Direktorenstellen an klinischen und medizinischen Instituten. Der Aufwand für diese Institute und klinischen Anstalten beläuft sich an Gehältern und Verwaltungskosten schon jetzt auf mehr als $1\frac{3}{4}$ Millionen Mark jährlich, übersteigt demnach den Etat der meisten preussischen Universitäten. Der neue Bedarf bezieht sich in der juristischen Fakultät nur auf zwei Ordinariate und drei Extraordinariate, in der philosophischen Fakultät auf neun Ordinariate und vier Extraordinariate. In der medizinischen Fakultät sind im wesentlichen nur

Lehrstühle für Anatomie, Physiologie, Pharmakologie und gerichtliche Medizin neu zu errichten, daneben naturgemäß Seminare, und es ist die Anstellung von Assistenten erforderlich, soweit sie nicht bereits vorhanden sind.

Dazu sind als notwendige Neubauten vorgesehen: ein Kollegienhaus, ein chemisches Institut, eine normale Anatomie, daneben Umbauten und Erweiterungen der bestehenden Bauten zur Aufnahme der Poliklinik, des physiologischen und pharmakologischen Instituts. Der Gesamtbedarf umfaßt nach der Angabe der Denkschrift an einmaligen Ausgaben 1578000 Mark, während die dauernden jährlichen Mehrausgaben sich auf 406000 Mark belaufen, was im ganzen einem Kapital von über 11 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark entspricht, so daß die dauernden Mehrausgaben für eine Frankfurter Universität sich neben den jetzigen Kosten von 1 $\frac{3}{4}$ Millionen Mark auf 2100000 M. belaufen werden.

Von den einmal zu deckenden Ausgaben fehlten bei Abfassung der Denkschrift nur noch 500000 M. für ein chemisches Institut. Von der zur Deckung der laufenden notwendigen Summe fehlen noch 130000 Mark jährliche Einnahmen, eine Summe, die sich seitdem durch weitere Stiftungen noch mehr verringert hat.

Soweit Deckung der notwendigen Ausgaben bereits vorhanden ist, erfolgt dieselbe durch die Stadt, die Stiftungen und durch eigene Einnahmen der Universität (Kollegiangelder usw.); die Stadt ist allerdings bis jetzt nur in ganz mäßigem Umfange an den Ausgaben beteiligt, sie hat nur den Bauplatz für die Anatomie und das Kollegienhaus herzugeben sowie eine Poliklinik in einem schon vorhandenen Krankenhausgebäude einzurichten. Im übrigen sind sogar gewisse Ersparnisse am Krankenhausbetrieb vorgesehen.

Man hätte nun glauben sollen, daß ein derartiges Universitätsprojekt einmütige Zustimmung, helle Begeisterung und Jubel in der Bevölkerung ausgelöst hätte, zumal die Hochschule die guten Frankfurter ja nichts kosten, sie dieselbe vielmehr geradezu als Geschenk erhalten sollten. Gewiß, gegen die Begründung, warum eine Universität gerade für Frankfurt eine Notwendigkeit sei, und gegen die Vorteile, die sie der Stadt bringt, ließ sich nichts einwenden. Herr Adickes will die Universität natürlich nicht nur aus Sympathie für die Wissenschaft und weil ihn aus ästhetischen oder architektonischen Gründen die mangelnde Abrundung unserer Institute zu einer Volluniversität schmerzt, er hat mit der Propagierung seiner Lieblingsidee vielmehr als guter Stadtvater auch recht praktische Zwecke im Auge. Die Denkschrift weist darauf hin, daß die äußerlich glänzende Entwicklung Frankfurts seit 1871 nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, daß der Hauptlebensquell der Stadt, das Börsen- und Bankgeschäft, unter dem immer stärker einsetzenden zentralisierenden Einfluß der Reichshauptstadt bedenklich zurückgegangen sei. Es werde daher immer allgemeiner gefühlt, daß die vielfach erschwerte Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet durch umfassende Förderung geistiger Interessen ergänzt werden müsse. Dazu ist Frankfurt infolge der geschichtlichen Entwicklung den konkurrierenden Städten

der Umgebung gegenüber in bezug auf staatliche Unterstützungen sehr ungünstig gestellt, es ist ganz auf sich angewiesen. Dazu kommt, daß die Frankfurter Akademiker auf die Dauer von ihrer Stellung nicht befriedigt sind, da sie infolge der mangelnden Berechtigungen unter ihren Zuhörern nicht die Elemente finden, welche hier längere Zeit bleiben, an ihren Arbeiten teilnehmen und im eigentlichen Sinne ihre Schüler werden. Wollte man daher hervorragende Gelehrte an Frankfurt fesseln, so müsse schon aus diesem Grunde eine Universität begründet werden, deren Besuch die vollen Berechtigungen wie die anderen Schwesteranstalten gewährt. Es erübrigt sich hervorzuheben, daß auch der Hinweis, die Universität werde gewissen Erwerbskreisen in besonderem Maße zum Vorteil gereichen, besonders unterstrichen wurde.

Alle diese Erwägungen waren jedoch nicht im Stande, eine scharfe Opposition, die namentlich von sozialdemokratischer aber auch von bürgerlicher Seite gegen das Hochschulprojekt eingesetzt hat, zum Schweigen zu bringen. Es waren namentlich drei Argumente, die hier ins Feld geführt wurden. Das erste betraf die Organisation der Universität und ihre staatsrechtliche Gestaltung, das zweite die finanzielle Sicherstellung, endlich wurden erhebliche Zweifel darüber laut, ob die Frankfurter Institute nach Begründung der Universität in derselben Weise der Fortbildung der Bevölkerung dienen könnten, wie bisher.

Am heftigsten ist der Streit hinsichtlich der Organisationsfrage entbrannt. Die Sozialdemokraten bekämpften das Projekt, weil sie in ihm die Auslieferung der Frankfurter wissenschaftlichen Institute und Krankenhäuser an den preussischen Staat und die preussische Universitätsreaktion sehen. Die Anstalten würden ihre Selbständigkeit verlieren, die Stadt die Kosten zu tragen haben, im übrigen aber in die Verwaltung der Universität nichts hineinzureden haben. Unter Verwerfung einer Berechtigungsuniversität wollen sie nur den weiteren Ausbau der Institute zu einer Forschungs- und Fortbildungsuniversität, die den Namen „Goethe-Stiftung“ tragen soll, konzedieren. Demgegenüber wird mit Recht eingewendet, daß wir eine Forschungs- und Fortbildungsuniversität bereits besitzen und daß ein wesentlicher Teil der neuen Stiftungen ausschließlich für Universitätszwecke zur Verfügung gestellt werde.

Im übrigen sind die nach dieser Richtung geäußerten Bedenken gewiß nicht leicht zu nehmen. Wenn der freie Bürgerinn einer Stadt dem Staate eine Hochschule gleichsam zum Geschenk macht, ihm eine Aufgabe abnimmt, die bisher unbestritten zu den ausschließlichen staatlichen Aufgaben gehörte, wenn eine Stadt von sich aus ein derartiges monumentales Kulturwerk schafft, dann sollten allerdings auch Garantien gegeben sein, daß ihm die Selbstverwaltung im weitesten Maße gewährt werde, daß sich die staatlichen Aufsichtsrechte auf ein Minimum beschränken, daß vor allem die Freiheit der Forschung und des Unterrichts unangetastet bleibe, daß die häßlichen Begleitererscheinungen des preussischen Universitätsystems, wie sie durch die *lex Arons*, die Strafprofessuren, die Zurück-

setzung der Professoren wegen ihres religiösen Bekenntnisses charakterisiert sind, von der Frankfurter Universität fern gehalten werden.

Man muß nun zugeben, daß der Frankfurter Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung bemüht sind, hier das Möglichste zu erreichen. Ob dies genügt, und ob es gelingt, die Forderungen an den preußischen Staat auch durchzusetzen, ist eine andere Frage. Die Denkschrift hebt zunächst hervor, daß die durch Artikel 20 der Preussischen Verfassung gewährleistete Grundlage vor- aussetzungsloser freier Forschung und Lehre, unabhängig von konfessionellen und politischen Richtungen vor allem festzulegen sei. Die Berufung der Professoren sollte wie bei den anderen preussischen Universitäten erfolgen. Hier ist jedoch die Stadtverordnetenversammlung einen erheblichen Schritt weiter gegangen. Sie verlangt, daß im Vertrage wie bei den Verhandlungen mit dem Staate gefordert wird, daß das Vorschlagsrecht bei Ernennung ordentlicher und außerordentlicher Professoren in der Form, wie es bei der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften gegeben ist, beibehalten werde, und daß die Ausübung des Vorschlagsrechtes lediglich nach wissenschaftlichen Grundsätzen erfolge. Hier wird nämlich nur ein einzelner Name für die zu besetzende Stelle präsentiert, und die Ernennung erfolgt durch den Minister. Soll der zu Berufende zugleich Direktor oder Dozent eines von den Stiftern für Universitätszwecke zur Verfügung gestellten Instituts oder Krankenhauses werden, so erfolgt die Präsentation auf Grund vorherigen Einverständnisses zwischen der Fakultät und der Verwaltung des Instituts oder Krankenhauses. Unbeschadet der Selbstverwaltung der Universität durch Senat, Rektor, Fakultäten und Dekane soll die Verwaltung der Universität durch einen großen Rat und einen Verwaltungsausschuß wie bei der Akademie erfolgen. In diesem Ausschusse sollen die Stifter, in erster Linie natürlich der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, angemessen vertreten sein.

Da das Berufungsverfahren bei der Akademie bisher durchaus zur Zufriedenheit fungiert hat, so dürften in der Tat, wenn es auch für die Universität gewährt wird, die wichtigsten organisatorischen Schwierigkeiten behoben sein. Ob allerdings der preussische Staat, was er einer Akademie ohne Berechtigungen gewährt, einer Volluniversität zuzugestehen geneigt sein wird, das läßt sich mit einiger Sicherheit nicht voraussagen.

Die härteste Nuß bei dem ganzen Hochschulprojekt ist aber die Finanzfrage. In weiten Kreisen der Bürgerschaft traut man den Versprechungen nicht, daß es bei der geringen vorgesehenen Belastung für die Stadt bleiben wird, und glaubt, daß vielmehr das Lieblingskind des Herrn Adickes die Stadt noch schwere Opfer kosten wird. Man fürchtet, daß trotz aller feierlichen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, daß für Universitätszwecke auch in der Zukunft keine weiteren städtischen Mittel in Anspruch genommen werden dürfen als die bereits in Aussicht genommenen, diese formelle Festlegung gegenüber dem Zwange der Entwicklung nicht verfangen würde, wenn erst einmal die Universität wachse und weitere

Mittel verlange. Man sagt sich, daß der Beschluß der städtischen Behörden nur so lange gilt, als er nicht durch „neue Beschlüsse“ aufgehoben wird, man fürchtet außerdem, daß durch spätere Ausgaben für die Universität einmal andere notwendige städtische Aufgaben leiden werden. Die Finanzfrage ist in der Tat der wundeste Punkt des ganzen Projektes, da es sich hier völlig um einen Sprung ins Dunkle handelt und man nicht mit Sicherheit sagen kann, welche Ausdehnung die neue Universität annehmen wird. Für eine kleine Universität reichen die Mittel aus und werden die Kosten wohl auch stets aufzubringen sein. Wie aber, wenn die Hochschule eine Großuniversität werden wird, wie Berlin, München und Leipzig? Adickes legte seinen Berechnungen eine Studentenzahl von fünfzehnhundert zugrunde. Die Stadtverordnetenversammlung stellte sich mit gutem Grunde auf den Standpunkt, daß sie erst dann endgültig ihre Zustimmung zu dem Universitätsprojekt geben könne, wenn die Deckung der Kosten für eine Universität von achtzehnhundert Studenten nachgewiesen würde. Wir glauben, daß auch diese Ziffer bald überschritten sein wird. Denn unbestritten wird Frankfurt eine beispiellose Anziehungskraft auf die Studenten ausüben.

Denn es fehlt hier auch gar nichts, was die Studierenden anlocken kann, denn Frankfurt wird eine Winter- und Sommeruniversität zugleich sein, die reiche, elegante, schöne und gesunde Stadt wird Inländer und Ausländer in gleicher Weise anziehen, im Winter wird das reiche wissenschaftliche, künstlerische und gesellschaftliche Leben für viele ein unwiderstehliches Lockmittel sein, im Sommer wird die herrliche Umgebung, die Gelegenheit zu Ausflügen, zu reicher sportlicher Betätigung viele in ihren Bann locken. Dem Historiker werden die Denkmäler einer reichen geschichtlichen Vergangenheit ebensoviel Anregung zum Studium gewähren, wie dem Sozialpolitiker die musterhaften Einrichtungen einer modernen Volksfürsorge. Dazu kommt die günstige Lage der Stadt im Mittelpunkt des Weltverkehrs und die sie kennzeichnende Verbindung süddeutschen und norddeutschen Wesens. Der reiche Student kann sich für sein Geld hier viele Genüsse verschaffen, aber auch der weniger Bemittelte kann sein Auskommen finden, dafür sorgen schon die zahlreich vorhandenen Stipendien und Stiftungen, denen sich gewiß noch neue anschließen werden. Wie für die Studenten wird Frankfurt aber auch einen großen Anziehungspunkt für die Professoren bieten, Frankfurt wird die besten Lehrer haben, was natürlich auch wieder für die Frequenz von der größten Bedeutung ist.

So wird man mit einiger Sicherheit darauf rechnen können, daß Frankfurt sehr bald über den Rahmen einer bescheidenen Provinzuniversität hinausgewachsen sein und München und Leipzig ebenbürtig an die Seite treten wird, zumal wir uns in der Periode eines ungeheuren Andranges zum Hochschulstudium befinden. Die gute Stadt Frankfurt aber wird diese Entwicklung mit einem heiteren und einem nassen Auge verfolgen. Denn mit zunehmender Studentenzahl werden die Kosten des Betriebs immer teurer, woher aber die Mittel nehmen, wenn dieselben nicht vorher durch reiche Stiftungen sichergestellt sind?

Die Denkschrift weist mit Recht darauf hin, daß ja, da alle Institute neu errichtet sind, nicht sobald Neubauten und Reparaturen notwendig sein würden, ferner, daß der bewährte Opfermut der Bürger, der sich schon seit Jahrhunderten betätigt und namentlich in den letzten zehn Jahren so Hervorragendes geleistet hat, nun erst recht nicht erlahmen werde, wenn es sich um die Erhaltung der Krone des Gebäudes, der Universität, handle. Dieser Wechsel auf die Zukunft entbehrt allerdings der sicheren finanziellen Grundlage. Denn, was die Zukunft bringt, weiß man nicht; es können schwere materielle Krisen eintreten und es kann dadurch die Opferwilligkeit der Spender beeinträchtigt werden. Nun aber machen nicht alle reichen Leute große Stiftungen; ein großer Teil der in Betracht kommenden Personen ist auch bei den Stiftungen bereits beteiligt; es wird auch nicht immer ein Adickes da sein, der es mit suggestiver Macht versteht, Millionen flüssig zu machen. Aber abgesehen von all diesen Bedenken muß man doch die veränderten Verhältnisse berücksichtigen, unter welchen später die Gelder verlangt werden gegenüber jetzt und früher. Die bisherigen Stiftungen sind von Bürgern für Bürger gemacht, diesen in erster Linie zugute gekommen, die Selbstverwaltung war in weitestem Umfange garantiert. Wenn aber später wahrgenommen wird, daß diese Millionen doch in erster Linie staatlichen Zwecken zugute kommen sollen, daß der Bürger nichts oder nur sehr wenig in der Verwaltung mitzureden hat, dann wird vielleicht mancher die Taschen zuhalten, der sie bisher weitgeöffnet hat; er wird sagen, es ist Sache des Staates, die Universität zu erhalten, oder der Stadt Frankfurt, die sie aus der Taufe gehoben hat, zumal der preussische Staat vielleicht doch einmal versuchen wird, trotz aller Festlegungen seine „bewährten“ Universitätsgrundsätze auch bei der Verwaltung der neuen Universität einzubürgern. Man sollte also unserer Meinung nach entweder mit der Errichtung der Universität warten, bis ein Reservefonds von etwa 1000000 Mark zur Verfügung steht, oder je nach Maßgabe der vorhandenen und auch für die Zukunft gesicherten Mittel mit der Errichtung der Hochschule nach dem Muster Münsters fakultätenweise vorgehen.

Noch ein drittes Bedenken hört man äußern, ob nämlich die bisherigen Fortbildungsbestrebungen, wie sie von den Instituten seither gepflegt wurden und weiten Kreisen der Bürgerschaft zugute gekommen sind, auch nach Errichtung der Universität aufrecht erhalten werden können. Es wird dies in Aussicht gestellt, aber ob die Professoren, nachdem sie tagsüber Vorlesungen, Übungen und Prüfungen für die Studierenden abgehalten und Verwaltungsgeschäfte erledigt haben, noch Zeit und Kraft haben werden, allabendlich populärwissenschaftliche Vorlesungen für die Frankfurter Bürger zu halten? Wenn hier nicht die Publika einen Ersatz bieten sollen, dann werden für die Fortbildungsvorträge doch wohl besondere Kräfte angestellt werden müssen.

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat sich aber in ihrer Majorität von derartigen ängstlichen Vorstellungen nicht beherrschen lassen. Die gesamten nichtsozialdemokratischen Parteien stimmten am 28. Juni 1911 — dieser Tag

wird in die Geschichte Frankfurts einzuschreiben sein — der Universitätsvorlage unter den schon genannten Voraussetzungen im Prinzip zu. Ohne Hoffnungsfreudigkeit und Optimismus läßt sich allerdings eine derartige große Sache nicht ins Werk setzen, und es ist erfreulich, daß die Frankfurter Stadtverordneten von einem solchen Optimismus beseelt sind, wozu die faszinierende Rede des Oberbürgermeisters zweifellos nicht wenig beigetragen hat, da sie geeignet war, die letzten noch Wankenden umzustimmen. Allerdings soll man sich nicht verhehlen, daß eine Universität einer Stadt nicht über Nacht in den Schoß fällt, sondern mit schweren finanziellen, allenfalls auch politischen Opfern erkaufte werden muß. Will man also die Universität, so muß man sich auch diese Opfer gefallen lassen.

Das Wort hat nun der preußische Staat, und zwar kommt es zunächst darauf an, ob die Universität durch eine königliche Kabinettsorder ins Leben gerufen werden kann oder ob die Zustimmung des Landtags notwendig ist. In letzterem Fall stehen die Chancen schlecht, da die augenblickliche Mehrheit des Landtags einer kommunalen Universitätsgründung zumal in Frankfurt nichts weniger wie geneigt ist. Andererseits glaubt man, daß Herr Abikes sich nicht so weit engagiert hätte, wenn er nicht für sein von langer Hand vorbereitetes Projekt die Zustimmung des preußischen Kultusministers in der Tasche hätte. Zur Zeit sind die Verhandlungen mit dem Minister bereits eingeleitet. Man wird nunmehr sehen, was er für Bedingungen stellen, was er für finanzielle Garantien fordern und wie weit er geneigt sein wird, der Universität eine den besonderen Verhältnissen entsprechende Selbstverwaltung zu gewähren.

Franz Abikes Name aber wird, wenn es gelingt, seine Universität in den sicheren Hafen zu bringen, der Geschichte angehören, wie der des Julius Cäsar von Mespelbrunn und des Gerlach von Münchhausen; und von Frankfurt wird sich wieder einmal das Goethewort bewahrheiten: „Es geziemt Frankfurt nach allen Seiten zu glänzen und nach allen Seiten hin tätig zu sein“.



Liszt—Goethe—Weimar

Von Dr. Wilhelm Kleefeld=Berlin

O Weimar! Dir fiel ein besond'res Los

Wie Bethlehem in Juda, klein und groß!



Am 26. November 1842 hatte Liszt zum erstenmal in Weimar gespielt. Der seit vielen Jahren in ganz Europa bejubelte Klaviermeister war erst mit einunddreißig Jahren nach der thüringischen Residenz gekommen, die bald für sein Leben entscheidende Bedeutung gewinnen sollte. Bereits im folgenden Jahre 1843 wurde er als Hofkapellmeister zunächst „in außerordentlichen Diensten“ an den Ort gefesselt, der durch die Erinnerungen der größten Genies geweiht war. Liszt, der Klavier-

Grenzboten IV 1911

14